



*Kriegs- und Fluchterfahrungen  
brechen im Alter schmerzhaft auf*

## VERSTÄNDNIS UND UNTERSTÜTZUNG GEFORDERT

# Wenn sich die alten Wunden melden

*75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs sind Kriegstraumata ein aktuelles gesellschaftliches Problem. In Einrichtungen der Altenhilfe sind Pflege- und Betreuungskräfte mit Traumata von Klienten konfrontiert.*

**D**er Anruf des älteren Herrn, der für ein Kinderhilfe-Projekt des Diözesan-Caritasverbandes Paderborn im ehemaligen Ostpreußen spenden wollte, endet abrupt. „Ich sehe dieses Bild immer wieder vor mir, höre die Schreie.“ Unter Tränen legt der Mann auf. Was war passiert? Im Frühjahr 1945 musste er als Kind mit seiner Mutter

vor der anrückenden Roten Armee fliehen. Im Hafen von Kolberg wartete ein deutsches Marineboot. Während die Flüchtenden auf das Schiff zuliefen, griffen russische Kampfflugzeuge an, feuerten in die Menge. Im Chaos legte das Boot hastig ab, Familien wurden schlagartig getrennt. So auch ein anderer kleiner Junge von seiner Mutter. „Der Junge brüllte sich am Anleger die Seele aus dem Leib. Diese Schreie kommen immer wieder bei mir hoch.“

Ein Trauma, so die Psychologie, entsteht durch eine existenzielle Bedrohung, die den Menschen in seinen üblichen Bewältigungsmustern überfordert: Man wird nicht „fertig“ mit dieser Situation, denn die menschliche Natur hat sich seit grauer Vorzeit eine besondere Strategie für die Verarbeitung solcher Bedrohungen ausgedacht. Das Erleben wird im Tiefen-Gedächtnis in einer Art „Alarm-Schublade“ abgespeichert. Nach dem Motto: Um niemals wieder in eine solche Bedrohung zu geraten, wird sie derart umfassend abgespeichert, dass sie

fürs ganze Leben abrufbar ist: im „Gedächtnis“ des Körpers, der Seele und der Sinne.

Die Folgen von traumatischen Erlebnissen im und nach dem Zweiten Weltkrieg sind lange Zeit verdrängt oder bagatellisiert worden. Erst seit einigen Jahren geraten diese vor allem in Einrichtungen der Altenhilfe, bei pflegenden Angehörigen, aber auch in der offenen Seniorenarbeit oder bei Besuchsdiensten verstärkt in den Blick. Der Grund liegt wiederum in der menschlichen Psyche: Während in den mittleren Jahren des Lebens noch kognitive Kräfte die Verarbeitung und Verdrängung unterstützt haben, gelingt dies im Alter häufig nicht mehr. Schutzfunktionen können nicht mehr bedient werden, die alten Wunden beginnen sich zu rühren. Das Schlimme für Betroffene ist, dass es kein Entrinnen gibt: Sie sind wie in einer Spurrille gefangen, die sie zu den immer gleichen Reaktionen zwingt, so Dr. Udo Baer vom Institut für Soziale Innovationen ISI auf der Website Alter und Trauma ([www.alterundtrauma.de](http://www.alterundtrauma.de)).

Fluchterfahrungen äußern sich z. B. in einer massiven Unruhe mit Hin- und Herlaufen, was oft mit Demenz verwechselt wird. Manche Senioren meiden auf der Straße den offenen Himmel, gehen eng an Häuserwänden entlang; die Bilder von Bombenangriffen und Tieffliegern haben sich tief in die Seele eingegraben. Andere horten Lebensmittel, weil dies in der Gefangenschaft oder in den Hungerwintern überlebenswichtig war. Besonders dramatisch ist erlittene sexuelle Gewalt. So weigern sich aus diesem Grund nicht selten ältere weibliche Pflegebedürftige, sich von männlichen Pflegekräften waschen zu lassen.

Außenstehende sollten wissen, welche Wunden sich da rühren. Und sie sollten wissen, dass die meisten Menschen ihr Leben lang alleingelassen wurden mit ihrer Not. Wie können Betroffene wenigstens jetzt im hohen Alter Unterstützung und Hilfe erfahren? Eine Fachtagung der Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn geht dieser Frage nach. 

 052 51 / 209-280

 [ckd@caritas-paderborn.de](mailto:ckd@caritas-paderborn.de) JÜRGEN SAUER



## AUSGABE MÄRZ 2020

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

 [caritas-nrw.de/nachrichten](http://caritas-nrw.de/nachrichten)

 [facebook.de/caritas\\_in\\_NRW](https://facebook.de/caritas_in_NRW)

 [redaktion@caritas-nrw.de](mailto:redaktion@caritas-nrw.de)

## Sorge vor weißen Flecken

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) warnt vor größeren Löchern bei Beratung und Unterstützung von Arbeitslosen. „Die angekündigte Einstellung der 79 Arbeitslosenzentren in Nordrhein-Westfalen kommt bei vielen Betroffenen zunächst als Schlag ins Gesicht an“, befürchtet Josef Lüttig, Vorsitzender des Arbeitsausschusses Arbeit/Arbeitslosigkeit der LAG FW.

Mit dem neuen Konzept der Landesregierung würden sich im landesweiten Netz Risse und große Löcher auftun. Die von Minister Karl-Josef Laumann (CDU) sogenannte „Abschaffung von Doppelstrukturen“ wäre in diesen Fällen eine „verharmlosende Irreführung“, warnt Lüttig.

Laumann hatte angekündigt, die Förderung der 79 Arbeitslosenzentren einzustellen. Ihre Aufgaben sollen von 73 Erwerbslosenberatungsstellen (EBS) übernommen werden. Ab 2021 soll es dann - wieder kofinanziert durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) - nur noch eine Angebotsform geben. Ab dann sollen allein Erwerbslosenberatungsstellen mit einem neuen Konzept die Leistungen erbringen, die bisher von Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren, sich gegenseitig ergänzend und damit flächendeckend, erbracht wurden.

„Erst in der neuen ESF-Förderphase wird sich zeigen, wie viel Fördergeld das Land für die Erwerbslosenberatungsstellen aufbringt“, erklärte Lüttig. Es bestehe die Gefahr, dass in mindestens 15 Kommunen in NRW zukünftig keine Angebote für Menschen in prekären Lebenslagen vom Land gefördert würden. Diese Arbeitslosenzentren ständen vor dem Aus, wenn nicht alternative Lösungen gefunden würden. „Dann besteht die Gefahr, dass Menschen in prekären Lebenslagen in den Kommunen für ihre Fragen und Nöte keine Anlaufstelle mehr haben“, warnte Lüttig.

Denn Arbeitslosenzentren leisten unabhängige Beratung für alle Menschen in prekären Lebenslagen, sie bieten berufliche Orientierung und Unterstützung bei der Arbeitssuche. Grundsätzlich begrüßt die Freie Wohlfahrtspflege, dass die Landesregierung weiter unabhängige Beratungsstellen für Menschen in prekären Lebenslagen fördern will. ◀ (PM-LAG)

## „Wir sind mutiger geworden!“

*Wie sozial-caritative Unternehmen auf unterschiedliche Lebensphasen ihrer Beschäftigten reagieren: Das Projekt „Phase L“ der Caritas in NRW hat viel Kreativität bewiesen.*

Wie können Unternehmen im Sozial- und Gesundheitssektor auf die unterschiedlichen Lebensphasen und die daraus resultierenden Bedürfnisse ihrer Beschäftigten reagieren? Möglichst praxisnahe Antworten auf diese Frage möchte die Caritas in NRW mit dem Projekt „Phase L“ bieten. Die Ergebnisse wurden bei einer Abschlussveranstaltung in der Ruhr-Universität Bochum vorgestellt. An zwölf Pilotstandorten in NRW hatten in den vergangenen drei Jahren sozial-caritative Träger das gemeinsame Ziel, neue Instrumente der Personal- und Organisationsentwicklung auszuprobieren und einzuführen.

„Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Umfeld zu schaffen, in dem auf ihre Lebensphasen Rücksicht genommen wird, wird essenziell im Kampf um Fachkräfte“, erklärt Katharina Reuber vom federführenden Diözesan-Caritasverband Paderborn. „Denn im Angesicht des Fachkräftemangels gehen diese dorthin, wo ihnen die besten Arbeitsbedingungen geboten werden.“ Im Laufe des Projektes sprudelten dann die Ideen, wie dies umgesetzt werden kann, etwa durch innovative Arbeitszeitmodelle, passendes Wissens- und Gesundheitsmanagement oder eine ansprechende Teamkultur. Selbst an Bonussysteme für Pflegekräfte haben sich örtliche Caritasverbände gewagt: Unter anderem mit dem „Caritaler“ wird die Bereitschaft zum „Einspringen“ am Wochenende mit Einkaufsvergünstigungen honoriert. „Wir sind mutiger geworden“, so das Fazit von Katharina Reuber.

### Erkenntnisse in konkrete Politik umzusetzen, dauert zu lange

Lebensphasenorientierung sei bis vor wenigen Jahren auf ein Thema beschränkt worden: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, berichtete Prof. Dr. Jutta Rump, Gründerin des an der Hochschule Ludwigshafen angesiedelten Institutes für Beschäftigung und Employability. Das Thema sei jedoch wesentlich vielschichtiger, verdeutlichte die Referentin. „Spätestens 2002 war klar,



**Vertreterinnen und Vertreter** der zwölf Standorte des Projektes „Phase L“ der Caritas in NRW tauschten sich jüngst in Bochum über die Ergebnisse aus. Mit dabei: der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig (l.), Prof. Dr. Jutta Rump und Katharina Reuber, Leiterin des Projektes (v. r.).

Foto: cpd / Christian Lukas

dass die Pflege von Angehörigen aufgrund des demografischen Wandels ein riesiges Thema auch für den Arbeitsmarkt würde.“ Prof. Jutta Rump gab bei ihrem Gastvortrag zu bedenken, wie lange es dauert, bis solche Erkenntnisse am Arbeitsmarkt Berücksichtigung finden. „Es war ein riesiger Erfolg, dass im Jahr 2013 die damalige Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag die Notwendigkeit erkannt hat, pflegende Berufstätige nicht alleinzulassen.“

### Personalplanung muss reagieren

„Für die Gewinnung und Bindung von Fachkräften ist es elementar, dass die betrieblichen Belange mit den zunehmend unterschiedlichen Bedürfnissen der Beschäftigten in Einklang gebracht werden müssen“, fasste Josef Lüttig, Diözesan-Caritasdirektor im Erzbistum Paderborn, die Aufforderungen an die für Personalplanung Verantwortlichen zusammen. Veränderungen zu akzeptieren und in Personalplanungen zu berücksichtigen, gehe allerdings nicht von heute auf morgen. Doch Zeit sei ein rares Gut im Zeitalter des Fachkräftemangels. ▶

CHRISTIAN LUKAS

## Pflegepersonal - Ein „Mehr“ gibt's nicht zum Nulltarif

**N**un ist sie endlich veröffentlicht: die mit Spannung erwartete Studie zur Personalbemessung in der stationären Pflege von Professor Heinz Rothgang (Bremen). Wenn man die Ergebnisse betrachtet, fällt auch einem Nicht-Fachmann sofort auf: Es geht um ein Mehr an Menschen, die in den Einrichtungen arbeiten, um die angemessene Versorgung von pflegebedürftigen Menschen sicherzustellen. Dabei braucht es Qualifizierungen, die eine gute pflegerische Betreuung sicherstellen. Die Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, haben als Versicherungsnehmer einer Pflege- und einer Krankenversicherung einen Anspruch auf eine gute Versorgung.

Als Bewohner einer Einrichtung muss ich mich darauf verlassen können, dass die Pflegesituation richtig eingeschätzt, meine Selbstbestimmung beachtet und die erforderlichen Maßnah-

men umgesetzt werden. Hierzu bedarf es eines fachlichen Personals, jedoch muss nicht jeder in der Einrichtung Tätige über die gleiche Qualifikation verfügen. Ein großes Thema zurzeit (auch in Rückmeldungen von Pflegebedürftigen oder ihren Zugehörigen) ist dabei ein gefühlter Mangel an Personal in den Einrichtungen. Diesen Mangel hat nun auch die Rothgang-Studie im Auftrag der Bundesregierung bestätigt. Der Gesundheitsökonom kommt zu dem Schluss, dass die Qualität in der Einrichtung sich nicht dadurch verschlechtern wird, wenn man auch andere Professionen wie Assistenzkräfte vermehrt in die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen einbezieht.

Dabei spielt die Zeit eine bedeutende Rolle: Die Pflegeleistung und die damit verbundenen Verrichtungen müssen auf den Prüfstand, damit ein Mehr an Personal tatsächlich zugunsten der Bewohner

genutzt wird. Organisationsentwicklung ist in den Einrichtungen unerlässlich. Weiter geklärt werden muss das Selbstbewusstsein der verschiedenen Professionen: was von welcher Berufsgruppe erbracht wird und wie miteinander - sozusagen Hand in Hand - eine optimierte Versorgung geleistet werden kann.

Klar ist bei diesen Entwicklungen: Ein Mehr an Personal kann es nicht zum Nulltarif geben! Auch steht es nicht an, die Pflegebedürftigen über das bisherige Maß hinaus zu belasten. Die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden, damit die Belastungen der betroffenen Nutzer nicht größer werden als bislang. Hier ist die Politik gefordert, die Ergebnisse der Studie umzusetzen und den Rahmen zu neuen Verhandlungen zwischen den Leistungserbringern und den Kostenträgern zu schaffen, um die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen zukunftsfähig zu machen! 

HELENE MAQUA, DICV KÖLN

 [helene.maqua@caritasnet.de](mailto:helene.maqua@caritasnet.de)

## Grundrente schwer zugänglich

*Die geplante Grundrente der Bundesregierung benachteiligt nach Einschätzung der Caritas im Bistum Essen Menschen in strukturschwachen Regionen wie dem Ruhrgebiet.*

**E**ine schwache Wirtschaft und schlechte Rahmenbedingungen sorgten in der Ruhrregion für höhere Arbeitslosigkeit und mehr unterbrochene Erwerbsbiografien als anderswo, teilte der Verband mit. Caritasdirektorin Sabine Depew forderte kürzere Bemessungszeiten, um Grundrente beanspruchen zu können, sowie einen Sonderfonds für Grundrenten-Bezieher im Ruhrgebiet.

Die Grundrente soll ab 2021 Menschen zugutekommen, die selbst ein Arbeitsleben lang in die staatliche Altersvorsorge eingezahlt haben und dennoch kaum von den Bezügen leben können. Das Bundeskabinett hat inzwischen einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Demnach kann die Rente beanspruchen, wer 35 Jahre oder länger gearbeitet hat. Ab 33 Jahren sollen unter bestimmten Voraussetzungen Zuschläge möglich sein.

„Man kann es den Menschen nicht anlasten, wenn sie in Städten leben, die seit 25 Jahren in der Haushaltssicherung sind und deshalb in Fragen der Bildung und Erwerbsförderung ihrer Bürger keine großen Sprünge machen können“, erklärte Depew. Altersarmut sei ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Die Caritas im Ruhrbistum frage sich, warum das Thema „Altersarmut“ in der Ruhrkonferenz der NRW-Landesregierung keine Rolle spiele. Wenn nicht dort, so müsse Altersarmut auf einen Runden Tisch auf Landesebene. „Dort geht es zunächst dringend darum, über einen Sonderfonds Ruhrgebiets-Bürgern den Zugang zur geplanten Grundrente zu ermöglichen“, so Depew. 

(KNA/CS)

 [www.caritas-essen.de/aktuelles](http://www.caritas-essen.de/aktuelles)

## Kritik an Urteil zu Suizidbeihilfe

Die Caritas hat sich gegen assistierten Suizid und Tötung auf Verlangen ausgesprochen. „Suizidbeihilfe darf nie zu einer ärztlichen Dienstleistung werden. Wir stehen mit palliativer, hospizlicher und seelsorglicher Zuwendung an der Seite vieler Menschen in der letzten Lebensphase“, sagt Dr. Frank Johannes Hensel, Kölner Diözesan-Caritasdirektor.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in einem Urteil das generelle Verbot geschäftsmäßiger Suizidbeihilfe für grundgesetzwidrig erklärt und das mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht begründet.

Wenn die organisierte Selbsttötung per Rechtsprechung geduldet werde - in welcher Form auch immer -, führe dies dazu, dass der Druck auf die Betroffenen zunehme, von solchen Optionen Gebrauch zu machen, kritisierte der Kölner Diözesan-Caritasdirektor. „Ein würdevolles Sterben ist möglich, wenn Sterbende nicht alleingelassen werden und sich ihren Schmerzen und Ängsten nicht ausgeliefert fühlen“, betonte Hensel.

Es brauche auf der Zielgeraden des Lebens verlässliche Weggefährten mit Haltung, Kompetenz und Zuwendung. Dafür stünden die Angebote von christlicher Hospizarbeit, palliativer Versorgung und seelsorglicher Begleitung. Diese richteten sich an der Würde und dem individuellen Leid jedes einzelnen Menschen sowie der Unverfügbarkeit des Lebens aus.

### Palliativversorgung verbessern

„Gutes Schmerzmanagement, lindernde Pflege und einfühlsame Begleitung auch durch geschulte Ehrenamtliche können die Lebensqualität und den Lebenswillen erhalten. Denn auch psychisch schwierige Lebensphasen und die Sterbezeit gehören zum Leben, nicht zum Tod“, erklärte Frank Krusel, Fachreferent für palliative Versorgung bei der Caritas im Bistum Essen.

Die stetige Verbesserung von Palliativversorgung und Sterbebegleitung hat die Caritas für das Bistum Essen sich zur Daueraufgabe gemacht. Ein im Januar 2020 neu gestartetes Projekt der Caritas und der Fachhochschule Münster untersucht derzeit die palliativen Kompetenzen in 16 beteiligten ambulanten Pflegediensten und Sozialstationen und befragt dazu Pflegefachkräfte, Hilfskräfte und Mitarbeiter in Hauswirtschaft und sozialer Betreuung. Ziel ist, aus unterschiedlichen Perspektiven

einen Überblick über den Status quo der Palliativversorgung zu gewinnen und daraus weitere Verbesserungsmaßnahmen abzuleiten. Krusel: „Wir wollen den Patienten die letzten Wochen und Tage erleichtern. Sie sollen am Ende möglichst ohne Schmerzen, würdevoll und in vertrauter Umgebung leben und dann auch sterben können.“

### Verdacht von Medikamentenversuchen

Die nordrhein-westfälische Landesregierung geht dem Verdacht von Medikamentenversuchen an früheren Heimkindern weiter nach. Untersucht werden mögliche Vorfälle in Einrichtungen der Jugend- und Behindertenhilfe zwischen 1950 und 1975. Die vorliegenden Informationen ließen bislang den Schluss zu, dass Heimkindern „durch die medizinisch nicht indizierte Verabreichung von Arzneimitteln schweres Leid zugefügt“ worden sei, teilte NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) mit. Der Minister verwies darauf, dass in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1975 vor allem „patriarchalische Erziehungsstrukturen“ geherrscht hätten. Nicht selten hätten damals Jugendliche als krank gegolten, wenn sie straffällig, erziehungsschwierig oder verhaltensauffällig gewesen seien. Daher seien in Heimen auch Psychopharmaka „umfassend angewandt“ worden.

Die Caritas im Erzbistum Köln erklärte, dass die katholischen Träger der Jugendhilfe in der Erzdiözese „keine Hinweise auf regelhafte Medikamententests“ gefunden hätten. Allerdings hätten die Einrichtungen nur noch vereinzelt Akten aus dem angefragten Zeitraum. Die Caritas habe derweil auch das Historische Archiv des Erzbistums angefragt.

## Ehrenamtliches Engagement aus Empörung

Sie helfen vor allem aus Empörung. Das ist eines der überraschenden Ergebnisse aus einem Lehrforschungsprojekt der Katholischen Hochschule Münster zur Motivation von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe. Die Auswertung von 131 zurückgesandten Fragebögen ergab, dass viele Freiwillige mit ihrem Engagement bewusst ein Zeichen gegen die Ablehnung von Flüchtlingen setzen wollen.

### Zeiteinsatz überdurchschnittlich

Rund 7000 Ehrenamtliche packten in katholischen Pfargemeinden sowie in Diensten und Einrichtungen der Caritas in der Diözese Münster mit an im Rahmen des großen Zuzugs 2015, etwa 3000 sind es noch aktuell. Weit überdurchschnittlich bleibt ihr Zeiteinsatz mit 8,11 Stunden gegenüber dem Durchschnitt von 3,7 Stunden für ehrenamtliche Tätigkeiten, wie die Studie zeigt.

So spontan sie ihre Hilfe gestartet haben und obwohl viele Befragte auch heute noch sagen, dass sie sich keiner Organisation zugehörig fühlen, so konstant bleiben sie dabei. Im Durchschnitt engagieren sie sich schon etwas über fünf Jahre. Neben der Empörung geben sie als Gründe dafür religiöse Motivation oder Verantwortungsbewusstsein an. Altersdurchschnitt und Bildungsgrad sind vergleichsweise hoch, fanden die Studierenden der Sozialarbeit heraus.

(CPM)

### caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstraße 3, 40219 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25  
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

**Herausgeber:** Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn

**Chefredakteur:** Markus Lahrman

**Abo-Fragen:** Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de  
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Gestaltungskonzept:** skdesign, Köln

**Titelfoto:** Walter Nies / Stadtarchiv Lippstadt

**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn

**Anzeigenverwaltung:**

Bonifatius GmbH, Astrid Rohde  
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,  
Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104  
astrid.rohde@bonifatius.de  
**ISSN 1611-3527**